

STREETWORK

Luxemburbs Problemkinder



Eine von der Regierung in Auftrag gegebene Studie wirft einen schonungslosen Blick auf die Jugendlichen, die sich an öffentlichen Plätzen aufhalten, und gibt Ratschläge, wie die Probleme zu lösen sind.

Jeff hat schon einiges erlebt: Als Teilnehmer von Erlebnisprojekten hat er mehrere Berge bestiegen, als Model für "L'Oréal" gearbeitet und als Sporterzieher sein Diplom gemacht. Später landete er auf der Straße und verdiente seinen Lebensunterhalt mit Feuerspucken, Jonglieren und kontrolliertem Selbstanzünden.

Der 22-Jährige gehört zu den vielen Luxemburger Jugendlichen, die für das Projekt "Streetwork - Jugendliche im städtischen Raum" vom Mai 2001 bis April 2003 befragt wurden. Das Familienministerium hatte die Studie bei Caritas Jeunes et Familles, Inter-Actions sowie beim Centre d'Etudes sur la Situation des Jeunes en Europe (Cesije) in Auftrag gegeben.

Der Abschlussbericht unter dem Titel "Problematisches Verhalten Jugendlicher in der Stadt" wurde am Mittwoch vorgestellt. Darunter verstehen die AutorInnen "die Belegung von öffentlichen Plätzen durch Jugendliche und Zweckentfremdung durch Cliquen und Banden", aber vor allem der Drogenkonsum und seine Begleiterscheinungen wie Prostitution und Beschaffungskriminalität.

Mit den Belangen der Jugendlichen beschäftigt sich Thomas Köhl-Brandhorst jeden Tag. Er ist einer von zwei Streetworkern in der Stadt Luxemburg. Köhl-Brandhorst, der für Caritas arbeitet, ist das Bahnhofsviertel zugeteilt, um Bonneweg kümmert sich ein Kollege von Inter-Actions. Zur Klientel des Sozialarbeiters gehören überwiegend Jugendliche aus dem Quartier. "Andere sind nicht ausgeschlossen", fügt Köhl-Brandhorst hinzu. Oft sind es weniger harte Fälle, die er betreut, "wenn jemand zum Beispiel von zu Hause ausgerissen ist". Dann nimmt er Kontakt zu den Eltern auf und versucht zwischen ihnen und den AusreißerInnen zu vermitteln.

Wenn eine Rückkehr ins Elternhaus nicht möglich ist, macht sich Köhl-Brandhorst auf die Suche nach einer Wohnmöglichkeit. "Das bedeutet ständiger Zeitdruck", sagt er. Und die Un-

Bahnhof Luxemburg:
Einer der Brennpunkte für Streetworker.

(Foto: Christian Mosar)

terbringung ist nicht einfach: Die Wartezeit auf einen Platz in einer betreuten Wohngruppe kann sechs Monate betragen. So viel Zeit hat Köhl-Brandhorst nicht. Eine Notlösung findet er in einer Jugendherberge. Hauptsache, die Jugendlichen vom Bahnhof weghalten, denn dort sei es gefährlich, weiß der Streetworker: "Drogen, Prostitution, Gewalt."

Bei den härteren Fällen handelt es sich um junge Drogenabhängige, die zu ihm kommen. Da müsse darauf geachtet werden, dass sie, wenn sie in eine Wohngruppe kommen, die bestehende Gemeinschaft nicht sprengen, erklärt Köhl-Brandhorst und fügt hinzu: "Eine Möglichkeit sind die Wohncontainer an der Route de Thionville, die von Abrigado-Szenekontakt betreut werden." Oder die Jugendlichen suchen in leer stehenden Häusern Unterschlupf, in so genannten Squats, oder übernachten an den Bahngleisen.

Ein großer Teil von Köhl-Brandhorsts Arbeit besteht aus der Kontaktpflege. Oder er organisiert Fußballturniere und sucht Arbeitsstellen für seine KlientInnen. Denn ohne Arbeit gibt es keine feste Wohnung, und ohne festen Wohnsitz ist nur schwer Arbeit zu finden. Der Streetworker geht oft zum Bahnhof, neben dem Centre Aldringen Brennpunkt Nummer eins, wo er einen Teil seiner Klientel antrifft. "Ich spreche mit den Jugendlichen, sie erzählen mir von ihren Problemen", sagt er. Wichtig sei es präsent zu sein.

Schonungsloser Bericht

Während am Aldringen eher mit weichen Drogen gedealt wird, trifft sich am Bahnhof nach wie vor die harte Drogenszene. Dort werden Deals vereinbart. Auch Marcelle kommt dort hin. So wird eine 20-jährige Drogenabhängige in dem Bericht der Streetwork-Studie genannt. Das Geld für ihren Drogenkonsum hat sie vier Jahre auf dem Straßenstrich verdient. Eine Zeit lang übernachtete sie in Parkhäusern und Squats, später im Bonneweger Obdachlosen-Foyer Ulysse, zwischendurch ging sie

anschaffen. "50 Euro für Blasen und 75 Euro für erst Blasen und dann Geschlechtsverkehr", so Marcelle. Einmal in das Auto des Freiers gestiegen, "und schon bist du ihm ausgeliefert", sagt sie.

Die Beschreibungen in dem Bericht sind schonungslos. Sie bieten ein anderes Bild der Stadt Luxemburg, statt dem Prunk der Bankgebäude die Orte, wo sich der eine oder andere Banker kurz befriedigt, statt Cabaret-Neon den Sex zwischen den Gleisen. Die Treffpunkte einschlägiger Jugendcliquen und Banden werden ebenso genannt wie deren spezifische Zusammensetzung. Skater, Punks, Junkies, LuxemburgerInnen und Nicht-LuxemburgerInnen. In Köhl-Brandhorsts Revier beträgt der Anteil ausländischer Jugendlicher 88 Prozent. Da gebe es manchmal Zoff zwischen den einzelnen Gruppen.

"Eines der größten Probleme unter Jugendlichen ist derzeit die Gewalt", heißt es in dem Bericht, und weiter: So komme es dann auch regelmäßig zu Massenschlägereien, bei denen es Verletzte durch Messerstiche gebe. Bei der Lektüre des Rapports entsteht der Eindruck, man habe es mit Wohn-Ghettos französischer Großstädte zu tun, oder mit einer Mischung aus Bronx und Rio. Doch halt: Es ist nur das kleine Luxemburg, betrachtet durch das Mikroskop einer minutiösen Recherche. Dabei können leicht die Dimensionen durcheinander gebracht werden.

Das zweijährige Projekt hatte sich selbst hohe Maßstäbe gesetzt und wurde mit einem umfangreichen theoretischem Repertoire ausgerüstet: Theorien des städtischen Raums, Reflexionen zur Jugendsozialisation sowie Organisationsmodelle der Jugend- und Sozialarbeit. Streetwork sei jedoch mehr als ein theoretisches Projekt, betont Familienministerin Marie-Josée Jacobs und findet: "Wir wollen auf die Bedürfnisse der jungen Menschen reagieren können."

Die Stadt Luxemburg habe bisher klassische Jugendpolitik betrieben, sagt Jugendschöffe Claude Wiseler. Nun gelte es neue Wege einzuschlagen. Die Probleme müssten genauestens ausgemacht werden. Ob deren Ursachen jedoch ergründet werden können, bleibt fraglich. Der Bericht gibt nach den Worten von Charles Berg, einem der AutorInnen, dezidiert Empfehlungen. Das Projekt dürfe man nicht isoliert betrachten. Einzelmaßnahmen würden kaum etwas ändern. Streetwork mache nur Sinn, wenn sie in einen größeren Kontext eingebunden sei. Kurzfristig empfiehlt der Bericht "exemplarische Katalysator-Projekte" in spezifischen Bereichen. Mittelfristig, so die AutorInnen, ziele er weniger auf die Schaffung neuer Einrichtungen als auf die Vernetzung und Optimierung bestehender Strukturen.

Der Bericht erweckt jedoch nicht zuletzt den Eindruck, die Jugend selbst sei ein Problem. Ob er der Realität einer multikulturellen Gesellschaft wie der luxemburgischen gerecht wird, wird jedenfalls nicht nur auf dem Papier entschieden. Denn nicht die Jugendlichen sind das Problem, sondern die Gesellschaft, in der sie leben.

Stefan Kunzmann

Kyoto: Von Freikaufen und Tanktourismus

"Luxemburg bleibt bei den Pro-Kopf-CO₂-Emissionen weiterhin Weltmeister", stellen Déi Gréng in ihrer Stellungnahme zur Diskussion um die Einhaltung des Kyoto-Protokolls fest. Es sei unverständlich, mit wie viel Kleinkrämergeist, Kurzsichtigkeit und Unprofessionalismus darüber diskutiert werde. Die jetzige Regierung habe es wie ihre Vorgängerinnen verpasst, eine Wende in der Energie- und Transportpolitik herbeizuführen. Dies sei umweltpolitisch verantwortungslos. Für die Grünen stehen in dieser Frage allerdings weniger moralische als wirtschaftspolitische Argumente im Vordergrund. Sie lehnen das von Industriellen und Regierung ins Auge gefasste "Freikaufen" von den CO₂-Reduktionsverpflichtungen anhand der so genannten flexiblen Mechanismen ab: "Besser als die künftigen Staatshaushalte mit unabsehbaren finanziellen Forderungen zu belasten, ist eine vorausschauende, innovationsstiftende nationale Klimaschutzpolitik", so Déi Gréng. Das Geld mit dem man sich freikaufen könne, sei besser in Luxemburg angelegt. Innovationen im Energiebereich würden Luxemburg einen Wettbewerbsvorteil sichern und neue wirtschaftliche Nischen sowie Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.

An das Thema Tanktourismus gehen die Grünen vorsichtig heran, eine Spätfolge des Wahlkampfs von 1994. Damals waren sie für ihre Forderung nach einem Benzinpreis von 50 Franken scharf attackiert worden. Statt, wie Greenpeace und Mouvement écologique, in der Abschaffung des Tanktourismus die zentrale Maßnahme zur Erreichung des Luxemburger Klimaschutzzieles zu sehen, fordern sie eine kurzfristige Stabilisierung. Mittelfristig sollen auf der Grundlage einer Studie die finanziellen Auswirkungen des Tanktourismus ermittelt und schrittweise finanzielle Alternativen zum Tanktourismus beraten werden.

Demo gegen Krieg und Besatzung

Am kommenden Samstag finden europaweit Friedensdemos statt. In Luxemburg rufen die drei Friedenskomitees zu einer Veranstaltung ab 15 Uhr auf der Place Clairefontaine auf. Der Aufruf, vergangene Woche in der woxx abgedruckt, wurde von zahlreichen NGOs unterzeichnet. Die Gewerkschaften mochten sich dem Aufruf nicht anschließen, und von den Parteien haben nur Déi Lénk und und das ADR unterzeichnet. Déi Gréng rufen allerdings mit einem eigenen Text zur Teilnahme auf.

www.fridden.lu

Nächste Woche: Ein Jahr Irak-Krieg

Am 20. März vor einem Jahr begannen die USA und ihre Verbündeten ihren Militäreinsatz im Irak. Ein Jahr danach ist von Frieden keine Spur. Aber auch die Friedensbewegung erlebte vor einem Jahr einen enormen Zulauf. Was ist aus dem Friedensprotest geworden?

Zeitungskrise hausgemacht

Noch immer tobt im deutschsprachigen Raum die Zeitungskrise. Und die woxx weiß warum: Deutsche Zeitungen sind bei den Gratis-Abos zu bereitwillig - gerade wenn sie ins Ausland gehen. Zum Beispiel die Frankfurter Allgemeine Zeitung: Vier-Wochen-Abo inklusive Stift-Set der Firma Lamy - und alles nur für 15 Euro. Auch nach Luxemburg? Aber selbstverständlich. In der ersten Woche kommt die Zeitung gar nicht, in der zweiten Woche dann geballt mit fünf Ausgaben an einem Tag, dann wieder eine Woche nicht. Ein Beschwerdeanruf und die reuige Dame der Abozentrale versichert: Ihr Probe-Abo wird um einen Monat verlängert. Mehrkosten: rund 20 Euro. Oder die Neue Zürcher Zeitung (NZZ): Eine Mail genügt, und bereits am nächsten Tag ist sie da. Zwei Wochen gratis - plus ein angekündigter Anruf der Abo-Abteilung. Der Anruf blieb aus, die NZZ kommt auch nach vier Wochen noch immer. Mehrkosten: 28 Euro. Und die finanziell besonders geplagte Frankfurter Rundschau: Sie ruft schon zum dritten Mal an, weil der Vertrieb Zustellungsprobleme vermeldet. Sie kommt zwar, aber immer einen Tag zu spät. Mehrkosten an Telefongebühren: Bisher 0,98 Euro. Da sollten sich all die Blätter die taz zum Vorbild nehmen: Kostenlose Probe-Abos und auch noch ins Ausland - das kann sich die alternative Tageszeitung nicht leisten. Sie verweist auf ihr Internetangebot. Mehrkosten: Null Euro.